

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 22 /1980 Nr. 164

PROF. HANS DELBRÜCK.

BERLIN-GRUNEWALD
KUNZ BUNTSCHUHSTRASSE 4.

TELEPHON:
AMT UHLAND 882.

den 12. Januar 1918.

2

Sehr geehrter Herr Doktor,

Der Verfasser des inliegenden Offenen Briefes ist der Privatdozent und Invalide Landsturmmann Dr. Hobohm. Soeben höre ich, dass der Abdruck des Briefes in Zeitungen verboten worden ist ; vielleicht hat er aber für Herrn von Kühlmann ein gewisses Interesse, und stelle Ihnen deshalb dieses Exemplar zur Verfügung . Der Verfasser hat ihn mit seinem Namen direkt auch an die beiden Generale geschickt .

Hans Delbrück
H.
g. m. v.
Delbrück

Deutsche Korrespondenz

Begründet von Martin Wend im Jahre 1916

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur Dr. Martin Hohohm, Charlottenburg 1, Königin Luisestr. 11

Veranstalter: Wilhelm 1293 / Postfachkonto: Berlin 36570

Erscheint einmal wöchentlich. Den Zeitungen wird die Korrespondenz auf Verlangen unentgeltlich zugestellt, und zwar außer in den Großstädten nur je einer Zeitung der Stadt. Der Abdruck geschieht honorarfrei gegen Einsendung eines Beleges. • Durch die Post oder durch den Herausgeber bezogen vierteljährlich 1,50 M. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfennig.

1918

11. Januar

Nr. 2

Von berufener Seite wird uns geschrieben:

Ein klares Kriegsziel!

Neuverteilung Afrikas; kein status quo ante! Das ist ein klares, koloniales Kriegsziel, das alles enthält, was im Augenblick gesagt werden kann, und das in kolonialen Kreisen umso mehr begrüßt wird, als es von maßgebender Stelle, von dem Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts Dr. Solf, in seiner kürzlichen, bedeutenden Rede in Berlin aufgestellt worden ist.

Die Forderung einer Neuverteilung Afrikas schließt in sich, daß unser Verlangen sich nicht auf eine mehr oder weniger umfangreiche Verschönerung der Grenzen unserer alten Schutzgebiete beschränkt, sondern auf eine planmäßige Aufteilung des afrikanischen Kontinents nach maßgebenden Gesichtspunkten ausgeht. Diese Gesichtspunkte sind von Dr. Solf gleichfalls in bestimmter Form entwickelt worden. An Stelle der bisherigen Ungleichheit, die auf Zufälle, wie das Eingreifen einzelner, tatkräftiger Persönlichkeiten oder geschichtliche Ueberbleibsel zurückzuführen ist, soll eine planmäßige Aufteilung unter die beteiligten Großmächte nach ihrer kolonialistischen Kraft und Fähigkeit und ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen treten. Eine solche Verteilung auf gerechter Grundlage gibt Aussicht auf eine befriedigende Lösung des afrikanischen Problems und auf eine dauernde Beseitigung der kolonialpolitischen Spannung.

Die Ablehnung des status quo ante schließt das Verlangen in sich, daß unser afrikanischer Kolonialbesitz in Zukunft größer sein muß als bisher. Dieses Verlangen leitet Dr. Solf aus dem Verhältnis der wirtschaftlichen Kraft und Leistungsfähigkeit her. Es ist sowohl vom deutschen Standpunkte als auch von dem der gesamten Weltwirtschaft aus, die eine möglichst vollkommene Nutzung aller Gebiete der Erde für die Gesamtwirtschaft der Kulturvölker verlangt, ein unheilbarer Zustand, daß weite und wertvolle Gebiete Afrikas in den Händen von kleinen Staaten, wie Portugal und Belgien, sind, die weder die wirtschaftliche und kulturelle Kraft für die Erschließung dieser Gebiete aufbringen können, noch aus in ihrer heimischen Volkswirtschaft die wirtschaftliche Notwendigkeit dazu haben. Ähnlich liegt es bei Frankreich und England. Wenn bei diesen Staaten — auch vom Gegner — die Fähigkeit und die Kraft zu kolonialer Betätigung anerkannt werden muß, so geht der Umfang ihrer Besitzungen in Afrika doch über das Bedürfnis ihrer heimischen Volkswirtschaft im Vergleich zu Deutschland weit hinaus, insbesondere, wenn man ihren Besitz außerhalb Afrikas berücksichtigt. Es wird dies am schlagendsten dadurch bewiesen, daß die französischen und englischen Kolonien für einen großen Teil ihrer Erzeugnisse vor dem Kriege Absatz bei anderen Volkswirtschaften, insbesondere bei der deutschen, suchen mußten.

Wird eine Neuverteilung Afrikas auf dieser Grundlage der Gerechtigkeit erreicht, so wird dadurch nicht nur auf kolonialpolitischem Gebiete ein Herd widerstreitender Bestrebungen beseitigt, sondern es tritt auch im allgemeinen wirtschaftlichen Wettbewerb eine Entspannung und eine Verminderung der Reibungsflächen zwischen den Großmächten ein. Mehr als dieses Programm: „Neuverteilung Afrikas; kein status quo ante“ im Augenblick aus amtlichem Munde zu hören, wird kein einsichtiger Politiker verlangen. Einzelheiten müssen späteren Zeiten vorbehalten werden. Insbesondere wäre auch eine Festlegung auf bestimmte Gebiete Afrikas im Augenblick verfehlt. Ob der Schwerpunkt unseres Kolonialbesitzes in Zukunft in Zentralafrika oder in Ost- oder Westafrika liegt, ist tatsächlich auch eine Frage von zweiter Bedeutung. Worauf es für Deutschland in erster Linie ankommt, ist, daß seine Ansprüche auf eine angemessene Versorgung mit kolonialen Rohstoffen und Genußmitteln, namentlich mit Baumwolle, Wolle und sonstigen Rohstoffen, Oelfrüchten, Kautschuk, Kakao usw. befriedigt werden. Da dafür die verschiedensten Gebiete Afrikas die Voraussetzung bieten, heiße es nur die Hände für die Verhandlungen binden und eine entgegenkommende Berücksichtigung gegnerischer Interessen erschweren, wenn wir uns jetzt auf bestimmte Gebiete festlegen wollten.

Ob diese auf eine dauernde, koloniale Ausföhrung gerichteten Ziele beim Gegner auf Verständnis stoßen werden? Dr. Solf gibt darauf selbst die Antwort, daß er bei den jetzt in der Nacht befindlichen englischen Männern nicht darauf rechne, daß aber von der weiteren Ergebnislosigkeit ihrer Knock-out-Politik

ein Umkehrung in der englischen Machtverteilung zu erwarten ist, die einer solchen Verständigung geneigtere Kreise ans Ruder bringen wird. Ob und wann dies eintreten wird, muß der weiteren Entwicklung der militärischen und politischen Lage überlassen werden. Den deutschen kolonialen Kreisen kann es zunächst genügen, mit Befriedigung festzustellen, daß von der obersten Stelle unserer Kolonialverwaltung Ziele vertreten werden, die — wenn sie verwirklicht werden — alle Gewähr für die koloniale Entwicklung Deutschlands geben.

Von einem Kriegsbeschädigten erhalten wir folgenden

Offenen Brief an Hindenburg und Ludendorff.

Eure Excellenzen! Man hat uns gesagt, Sie wollten Ihre Entlassung fordern. Die Nachricht ist natürlich falsch, aber viele glauben, es müsse wohl etwas Wahres daran sein, denn wo bleibt Ihr klares, einfaches Wort: „Es ist nicht wahr“? Wissen Sie nicht, was dies Gericht, solange Sie ihm nicht selber widersprechen, für uns bedeutet? Wir alle, Soldaten und Bürger, Männer und Frauen, haben einundvierzig schwere Monate lang durchgehalten, um den übermächtigen Feind zu besiegen. Ich brauche Ihnen nicht von den unwiederbringlichen Opfern zu sprechen, die jedes Haus für den deutschen Sieg gebracht hat. Wir waren draußen und dahinten in vielen Dingen verschiedener Meinung, jeder hat geredet, geraten, wie sein Gewissen es ihm vorschrieb, — aber in einem waren wir eins: Den Feind zu schlagen. Wie viele Hunderttausende sind auf Ihr Geheiß in den Tod gegangen? Alle waren sie bis zum Tode getreu. Und nun darf man uns sagen, Ihr, unsere ragenden Führer, könntet uns im Stiche lassen! Ihr könntet uns irre machen an der Treue, die wir für das Eiserne auf der Erde hielten! Wir würden ja einmütig rufen: Ihr habt nicht das Recht, zurückzutreten, Ihr seid dem Landsturmann schuldig, den Bund zu halten, den er Euch gehalten hat.

Und was soll der Grund Eures Zurückweichens sein? Wir haben es gedruckt gelesen: „Wegen Brest-Litowsk“. Das ganze Volk hat aus diesen Worten entnommen, der Grund des angeblichen Rücktritts sei, daß Ihr über die Friedensbedingungen anders denkt, als die Mehrheit des Volkes und die Regierung des Kaisers. Wir wußten bisher nicht, daß Generale das Recht in Anspruch nehmen könnten, die Politik des Reiches zu lenken. Wer sachlich recht hat, und welches der wahre Weg zu Deutschlands Größe ist, das bleibt auszumachen, aber soviel ist gewiß: Die Mehrheit reicht nicht ihren Abschied ein, sie bleibt bei der Fahne.

Die Alldeutschen jubeln: Der Sinn des Gerichtes von dem Abschiedsgesuch Eurer Excellenzen sei der, daß die Nation dadurch gezwungen werde, die alldeutschen Kriegsziele anzunehmen, denn sie wolle und könne ihre Heerführer nimmermehr entbehren. Diese Auslegung ist eine Beleidigung Eurer Excellenzen. Pflichtgefühl und Treue verbinden uns unauslöschlich; unser Vertrauen zu Euren Excellenzen kann nicht als politisches Druckmittel Verwendung finden. Die Alldeutschen rufen mit deutlicher Beziehung auf Eure Excellenzen nach einem York. Der eiserne Mann von Taurgogen stand auf weltgeschichtlicher Höhe, weil er seine Dienstpflicht höher stellte als den Befehl. Aber als derselbe York dann in Frankreich 1814 voll Verdruss das Heer verlassen hatte, weil der schon gewonnene Krieg nicht nach seinem Sinn zu Ende geführt wurde, da zwang ihn der alte Blücher wieder auf seinen Posten zurück durch den einfachen Brief: „alter Waffengefährte, verlassen sie die arme nicht, da wir an sie sind, ich bin sehr krank und gebe selbst so bald der Kampf vollendet. Saon, den 12. März 1814. Blücher.“ Auch wir sind „am Ziel“, wenn wir zusammenstehen; aber wir sind wieder in alle Gefahren gestürzt, wenn ein solches Gerücht Glauben finden kann, daß die Besten mit dem Abfall den Anfang machen. Darum sage ich: Es ist nicht wahr, daß unsere Führer die alten Waffengefährten verlassen könnten!

Der deutsche Landsturmann.

Vom Kriegswillen der Feinde.

Rostand und „Das Verbrechen von Potsdam“.

Edmond Rostand, der in Deutschland vor dem Kriege eine sehr bereitwillige Aufnahme und durchaus vorurteilslose Beurteilung gefunden hat, veröffentlicht nach dem „Echo de Paris“ vom 1. Januar in den „Lectures“ ein von läugerlichem Haß gegen uns erfülltes Gedicht „Das Verbrechen von Potsdam“. In der wort- und bildreichen Sprache, die ihm ohne Zweifel zu eigen, schildert er den sommerlichen Frieden von 1914, der der nichtsahnenden Welt jäh durch das „Verbrechen von Potsdam“ zerstört wurde. Der Kronprinz, die deutschen und österreichischen Heerführer und Staatsmänner treten in lächerlich gehässigen Worten gekennzeichnet auf. Die ganze Wut des Verfassers aber richtet sich gegen den Kaiser, der in Potsdam „in seinen grauen Mantel gehüllt, das Weltvolk im Gefäß“, um dann „auf weißem Schiff in weißem Anzug mit dem Unheil in den Honigmond zu ziehen, die Hochzeitsreise mit der Vernichtung anzutreten.“

Man könnte diese neue Ausgeburt sinnlosen Hasses, deren Kraftstellen hier nicht wiedergegeben sind, mit höchstem verdächtigen Lächeln bei Seite legen, wenn sich in ihr nicht der zähe Wille unserer Feinde offenbarte, die mehr und mehr sich bahnbrechende Friedenssehnsucht nicht nur durch die täglichen Äußerungen der Tagespresse zu bekämpfen, sondern dem Chauvinismus auch durch Haßausbrüche von tieferer und nachhaltiger Wirkung neue Nahrung zuzuführen. Die bekanntesten Vertreter der französischen Gegenwartsliteratur stellen sich dabei in den Dienst dieser Aufgabe. So veröffentlichte jetzt auch die „Revue des Deux Mondes“ einen neuen Roman von Paul Bourget, der unter dem Titel „Nemesis“ den „blutigen Kaiser“ dem vermeintlich vernichtenden Urteile der Welt vorführen soll.

Bei diesem Vorgehen handelt es sich um tatsächliche und bewußte Geschichtsfälschungen, denen die den Verfassern zugebilligte „dichterische Freiheit“ die Möglichkeit verleiht, die niedrigsten Instinkte des Volkes zu wecken und lebendig zu erhalten.

Das Lied, das der gallische Hahn, alias E. Rostand, blind wütend in die Welt kräht, und dem den Titel eines Hintertreppennovels zu geben der berühmte Verfasser nicht unter seiner literarischen Würde fand, dürfte die rächende Nemesis finden, die Paul Bourget in der „Revue des Deux Mondes“ gegen Deutschland beschwört.

Die alldeutsche Bewegung.

Ein falscher Triumph.

Von Dr. Martin Hohohm.

Der Alldeutsche Verband rühmt sich gerne, daß er den Krieg vorhergesehen habe. Beispielsweise wurde kürzlich bei einer alldeutschen Tagung in Mülhshausen in Thüringen, den Alldeutschen Blättern zufolge, folgender Triumph gefeiert: Der Vorsitzende „wies hin auf eine Versammlung alldeutscher Vertrauensmänner, die im Mai 1914 in Mannheim stattgefunden hat und in der der Geschäftsführer des Verbandes, Freiherr von Vietinghoff-Scheel, den unmittelbar bevorstehenden Weltkrieg ankündigte, während zu gleicher Zeit Prof. Oden-Heidelberg in der Vorlesung über neuere Geschichte vor einer zahlreichen Zuhörerschaft auseinandersetzte, daß wir in kurzem mit England zu einem freundschaftlichen Verhältnis kämen, daß es das Jahr 1914 sei, wo ein Vertrag mit England abgeschlossen werde, der ewigen Frieden und Freundschaft gewährleisten werde, sogar den Monat könne er nennen — es werde der August oder September sein.“ Was Prof. Oden betrifft, so hat er diese Worte nicht gesprochen; er hat aber pflichtgemäß für den Weltfrieden gearbeitet, indem er damals der ehrlichen und unbefleckbaren Auffassung Ausdruck gab, daß für England und Deutschland das Heil in der Verständigung liege, und daß man, wenn die Vernunft regiere, binnen kurzem zu einer Befestigung dieses Verständnisses kommen müsse. Umgekehrt arbeiteten die Alldeutschen durch ihr unablässiges Geschrei, der Krieg werde und müsse kommen, unmittelbar an dessen Zustandekommen mit. Der Engländer Dawson schrieb nach Kriegsausbruch: „Die Chauvinisten haben in der Tat Krieg geredet und Krieg gedacht so lange, bis sie den Krieg als unvermeidlich ansahen; und von der Auffassung, er sei unvermeidlich, bis zu dem Wunsch, in ihn einzutreten, sobald die Bedingungen günstig schienen, war nur ein kleiner Schritt vorwärts auf dem Pfade, der abwärts führt, ein Schritt, der sich unter dem Gesichtspunkte der Logik wie des Vorteils gleichermaßen leicht rechtfertigen ließ.“ Lloyd George hat im Jahre 1910 in Bezug auf die englischen Chauvi-

nisten das Wort geprägt: „Männer, die von unvermeidlichen Kriegen sprechen, sind diejenigen, die die Kriege machen.“ Diese gegen ihre englischen Partner gerichtete Kritik haben die Alldeutschen Blätter am 18. Oktober 1914 wieder abgedruckt und als richtig unterschrieben. Sie zitierten beifällig die Daily News von 1910, die Balfours Handlungsweise „schauerlich gewissenlos“ und „unglaublich niedrig“ nannten und von ihm sagten, „er tut mit kalter Ueberlegung, die seine Heuchelei nur schlecht verbirgt, alles, was in seinen Kräften steht, um einen deutsch-englischen Krieg wahrscheinlich, anstatt unmöglich zu machen.“

Es ist ein billiger Triumph, den Krieg solange als notwendig zu bezeichnen, bis er kommt, und dann sich zu rühmen, daß man ihn angekündigt habe. Der in Mülhshausen herangezogene Vergleich spricht nicht für den Alldeutschen Verband, sondern für den besonnenen Professor Oden.

Gegenüber. Der Pariser Korrespondent der Baseler Nachrichten schreibt, man sei in Paris überzeugt, daß, wenn der Friede von Brest-Litowsk ein allgemeiner würde, er die deutsche Hegemonie nicht bloß über Europa, sondern über den ganzen Erdball besiegeln würde. Er käme einer Abdankung der Entente gleich.

Die Alldeutschen Blätter aber schreiben zu denselben Verhandlungsdokumenten, die sie „die Trauernachrichten aus Brest-Litowsk“ nennen, es stünde darüber für unser Volk „das verzweifelte Wort aus dem Faust“: „Entbehren sollst du, sollst entbehren“. Die Russen und die übrigen Entente-Mächte würden den Frieden doch hoffentlich nicht annehmen? „Gnade uns Gott, wenn sie es täten!“

Es ist ein sonderbarer Widerspruch zwischen den Sorgen der Chauvinisten drüben und der Chauvinisten hien. Beide sehen sie den Frieden von Brest-Litowsk als die äußerste Bedrohung an. Gewiß ist nur, daß unsere Minister einen Frieden solchen Stils für annehmbar halten, während Lloyd George und seine Kollegen ihn weit von sich abweisen. So vorteilhaft für die Entente kann dieser Friede unmöglich sein. . . .

Die Kriegsziele der Vaterlandspartei. In Raumburg haben die deutsche Vaterlandspartei und der Alldeutsche Verband, ihre Zusammengehörigkeit nicht weiter verhehlend, unter dem Einfluß des alten alldeutschen Führers General von Liebert ein vollständiges Annexionsprogramm verkündet (Alldeutsche Blätter, 5. 1. 18). Die politische Geschicklichkeit der Alldeutschen, alle erreichbaren Leute vor den Kopf zu stoßen, feiert da wieder ihre Triumphe, zum Beispiel, wenn die Forderung von Brien und Longwy damit begründet wird, daß sie „zur Durchführung eines modernen Krieges unbedingt nötig“ seien. Der Kernpunkt bleibt natürlich immer Belgien. Die Alldeutschen fordern wieder „die militärische, wirtschaftliche und politische Oberhoheit über Belgien, den Besitz der flandrischen Küste als unerlässbare Operationsbasis für unsere Flotte in etwaigen künftigen Kriegen“. Das ist ein faulster Ausdruck für die Wahrheit, die der Alldeutsche Verband früher unumwundener dahin hat formulieren lassen, daß der Besitz jener Küste uns als westlichen Nachbarn „militärisch fast immer in die Hand“ geben würde. Das ist der Welt Herrschaftsplan, dessen Verfolgung Deutschland zum Todfeinde der übrigen Menschheit machen und seinen raschen Untergang herbeiführen würde. Die Vaterlandspartei aber erklärt in ihrem Aufruf, sie sei nicht alldeutsch!

„Germanennot“. Folgender Aufruf findet sich im Anzeigenteil der „Deutschen Zeitung“ (Nr. 9 vom 5. 1. 18):

„Orden.“

„Deutschnationale Männer und Frauen von edler germanischer Rasse und aristokratischer Denkungsart, welche einem streng germanischen Orden angehören wollen, mögen vertrauensvoll Bild und Blutsbekenntnis der Anzeigenabteilung 503 dieser Zeitungsgeheftstelle unter „Germanen-Not“ einreichen. Fester denn je müssen sich alle noch blutbesiedelten Deutschen zusammenschließen, Neugierige, Weltbürger bzw. Demokraten aber mögen fernbleiben.“

Blutsbekenntnis.

Unterzeichneter versichert nach bestem Wissen und Gewissen, daß in seinen Adern nur arisch-germanisches Blut fließt.“

Da die wahrhaft „blutbesiedelten“ Germanen in unserem ferngejundten deutschen Volke sicherlich höchstens nach einigen Dutzenden zählen, so stellt dieser Rassenhochmut, der auch alle Weltbürger und Demokraten als minderwertig ablehnt, eine Verächtlichmachung und Beschimpfung unseres in den Stürmen des Weltkrieges doch wahrlich bewährten Volkes dar.

Deutsche Korrespondenz

Begründet von Martin Wend im Jahre 1916

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur Dr. Martin Hohohm, Charlottenburg 1, Königin Luisestr. 11

Veranstalter: Wilhelm 1293 / Postfachkonto: Berlin 36570

Erscheint einmal wöchentlich. Den Zeitungen wird die Korrespondenz auf Verlangen unentgeltlich zugestellt, und zwar außer in den Großstädten nur je einer Zeitung der Stadt. Der Abdruck geschieht honorarfrei gegen Einsendung eines Beleges. • Durch die Post oder durch den Herausgeber bezogen vierteljährlich 1,50 M. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfennig.

1918

17. Januar

Nr. 3

Die alldeutsche Bewegung.

Der Hubertsburger Friede.

Von Hans Delbrück.

Seitdem der Gedanke des Verständigungsfriedens aufgetaucht ist, wird von seinen Verteidigern gern darauf hingewiesen, daß schon einmal in der deutschen Geschichte ein Krieg, der im Strahlenglanz des höchsten Ruhmes vor unseren Augen steht, ohne Eroberung und überhaupt ohne äußeren Erfolg abgeschlossen hat, nämlich der Siebenjährige. Gegen diese Auffassung wendet sich neuerdings Professor Dietrich Schaefer und erklärt, Preußen habe den Hubertsburger Frieden zwar überleben können, das Deutsche Reich aber sei verloren, wenn es aus diesem Kriege ohne Machtzuwachs hervorgehe. Professor Schaefer glaubt, daß die Lage des heutigen Deutschen Reiches viel ungünstiger sei, als einst die des fridericianischen Preußen, denn das Deutsche Reich grenze an drei neidische Großmächte: Rußland, Frankreich und England (die es absperrten könnten). Preußen sei nur eine Großmacht, Österreich, unmittelbar benachbart gewesen, und die große Koalition sei (angeblich) nicht durch sachliche Gründe zusammengeführt, schon während des Siebenjährigen Krieges wieder zerfallen. Wenn Deutschland sich also nicht jetzt durch die Friedensbedingungen schütze, so sei „sein Untergang besiegelt“; die Gegner „brauchten nur einen günstigen Augenblick abzuwarten, um uns gefahrlos niederzuwerfen.“

Wie der deutsche Patriot nach den Erfahrungen dieses Krieges noch in der Kleingläubigkeit leben kann, daß unsere Gegner nur einen günstigen Moment abzuwarten brauchten, um uns g e f a h r o s niederzuwerfen, möge Herr Professor Schaefer mit sich selber abmachen. Daß die Koalition gegen Friedrich schon während des Krieges zerfiel (freilich erst im letzten Jahre, 1763), ist richtig; daß das als ein besonderer Vorzug Friedrichs dargestellt wird, ist wohl nur so zu erklären, daß diese Sätze zwar jetzt erst gedruckt, aber geschrieben wurden, ehe Rußland seine Verbindung mit der Entente gelöst hatte. Ebenfalls dürfen wir heute ganz im Gegensatz zu Professor Schaefer sagen, daß in dem Abfall Rußlands von den Westmächten eine neue Rechtfertigung mit dem Siebenjährigen Kriege zutage getreten ist, und Professor Schaefer war als Politiker recht unvorsichtig, als er hier einen Unterschied konstruieren wollte. Lassen wir aber den Politiker Schaefer ebenso auf sich beruhen, wie den Patrioten, und wenden uns zu dem Historiker. Ist es wirklich wahr, daß das Preußen des Hubertsburger Friedens günstiger dagestanden hat, als heute das Deutsche Reich? Was hat es zunächst mit der Rechnung auf sich, daß Preußen damals nur an eine Großmacht grenzte, die ihm feindlich gesinnt war, das heutige Deutsche Reich aber an drei? Wichtig gezählt, muß der Vergleich lauten: Preußen grenzte damals an zwei Großmächte, das heutige Deutsche Reich grenzt an vier; damals war bald England, bald Frankreich, bald Rußland mit Preußen verbunden, heute können wir uns nur auf Österreich verlassen. Ist aber Preußen dadurch, daß es keine direkten Interessentkonflikte mit Frankreich und Rußland hatte, vor deren Angriff geschützt worden? War es nicht vielmehr für die Russen und Franzosen im Siebenjährigen Kriege sogar ein Vorteil, daß jene das ohnmächtige Polen, diese die ohnmächtigen deutschen Kleinstaaten als Basis für ihre Operationen benutzen konnten? Dürfte ein Historiker das übersehen? Aber mehr als das. Das damalige Preußen hatte überhaupt noch kein zusammengeschlossenes geographisches Gebiet. Ostpreußen war von den Kernlanden durch das polnische Westpreußen getrennt; die rheinisch-westfälischen Landschaften waren völlig isoliert, Schlesien hing mit Brandenburg nur durch einen engen Hals zusammen. Das feindlich gesinnte Sachsen, damals noch doppelt so groß wie heute, war mit seiner Nordgrenze stellenweise nur 6—7 Meilen von Berlin entfernt. Ein solcher Staat soll in einer günstigeren Lage gewesen sein, als heute das Deutsche Reich? Preußen bestand eigentlich nur aus einzelnen Gebietsstücken, die von der äußersten Ost- bis zur äußersten Westgrenze Deutschlands verstreut waren. Dieser Staat soll der geographischen Aburteilung und Auffüllung weniger bedürftig haben, als heute das Deutsche Reich einer Vorkriegslage seiner Grenzen? War nicht Friedrich sich so sehr der

Notwendigkeit einer Grenzverbesserung bewußt, daß er sogar bereit gewesen wäre, sein Ostpreußen gegen Sachsen zu vertauschen? Mag es wahr sein, daß das heutige Deutsche Reich eine noch viel größere Eifersucht erregt, als die im 18. Jahrhundert aufstrebende Mittelmacht Preußen, wird das nicht hundertfältig aufgehoben durch unsere geographische und nationale Geschlossenheit? Hat Professor Schaefer das alles garnicht bedacht? Es ist klar: Professor Schaefer, der „Vorfindende des unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“, ist mit dem Historiker Professor Schaefer durchgegangen. Der leidenschaftliche Wunsch nach Eroberungen, der heute so viele Gemüter erfüllt, hat ihn so sehr verblendet, daß er als Patriot in die schwachmütige Vorstellung von der deutschen Verteidigungskraft verfiel, als Politiker den Abfall Rußlands von der Entente in Rechnung zu stellen vergaß und nun gar als Historiker die Tatsachen auf eine wirklich grausame Weise mißhandelte.

Ich habe geglaubt, diese Entgegnung eines angesehenen Gelehrten aufdecken zu müssen, weil der Vorgang als indirekter Beweis dienen kann, wie mangelhaft es mit den Gründen der Verteidiger des Gewaltfriedens bestellt ist. Auch der Klügste und Gelehrteste ist außerstande, gute Gründe anzuführen für eine schlechte Sache. Professor Schaefer konnte darin nicht mehr leisten, als etwa Graf Seidentow, weil es nämlich nicht wahr ist, daß Deutschland für seine Sicherheit und für seine Zukunft der Eroberungen bedürfe. Im Gegenteil: Deutschland steht so groß und mächtig da, daß es eben deshalb nicht Eroberungen braucht, sondern bloß Kolonien, Siedlungsland und Freiheit des Meeres. Das ist das wahre Kriegsziel, und hier liegt auch der wahre Unterschied zum Frieden von Hubertsburg. Schon dieser Friede, einer überwältigenden Koalition abgerungen, war Preußens Ruhm und Preußens Größe, obgleich er ohne jede Erwerbung abschlöß. Die Verteidiger des Verständigungsfriedens haben aber neben dem Kolonialbesitz eine Erwerbung von ganz überragender Bedeutung im Auge: das ist das Gleichgewicht zur See, das man auch nennen kann: die Freiheit der Meere.

Die kriegsverlängernde Wirkung der alldeutschen Drohungen. Die Drohungen der alldeutschen Presse mit der Revolution, die nicht erst während des Krieges und zugunsten der alldeutschen Kriegsziele eingeleitet haben, nehmen täglich mehr den Charakter einer zu allem entschlossenen Forderung an. Die „Deutsche Zeitung“ (14. 1. 18) erklärt soeben wieder, „daß ein Frieden auf der von unseren Unterhändlern in West-Berlin vermittelten Grundlage ohne Annexionen und ohne Entschädigungen naturgemäß zur Revolution führen muß“. Das ist ein triviales Spiel, gegen welches im Staatsinteresse mit aller Deutlichkeit Front gemacht werden muß. Wir fürchten zwar keine Revolution, am allerwenigsten eine solche gegen einen Verständigungsfrieden. Aber damit ist die Sache nicht abgetan und der angerichtete Schaden nicht wettgemacht. Der eigentliche Nachteil, den uns solche Trivialisierungen bringen, ist die Kriegsverlängerung; denn das Studium der ausländischen Presse zeigt nur allzu anschaulich, daß nichts den feindlichen Kriegswillen mehr stärken kann, als die Hoffnung, die alldeutsche Opposition gegen den Kaiser werde die Einheit des deutschen Volkes untergraben und unmittelbar oder durch den notwendigen Widerspruch der breiten Volksschichten gegen diese Scharfmacherei schließlich zur Revolution führen. Man lese folgende Proben: „In dem teutonischen Felsen, nicht etwa im Bierverband zeigen sich Risse“ (Dépêche de Toulouse). Schon zu Bismarcks Zeiten hieß es: „Mit derselben Freude, mit der man die glücklichen Resultate der Gesamtoffensive der Alliierten vernimmt, hört man von dem alldeutschen Kampf gegen den Reichstanzler.“ Der uns ungünstig gesinnte Schweizer Maurice Muret erklärt den Kriegsausbruch so: „In seinem Buch „Wenn ich der Kaiser wäre“ drohte Herr Daniel Fehmann (in Wahrheit Heinrich Claß? Frage der Schriftleitung.) dem Kaiser mit der Revolution im Innern, wenn er sich weigere, dem Alldeutertum in dessen gefährlicher Politik nach außen Gefolgschaft zu leisten. . . . In der Atmosphäre von überhöhtem Chauvinismus, in der Deutschland lebte, war es kaum noch möglich, ihr (der alldeutschen Presse) Widerstand zu leisten. Wilhelm II. und seine Minister paßten ihren Schritt dem Verstande an und ließen sich von ihm führen, bis zum Kriege.“ Gerade das gibt dem Echo der alldeutschen Bewegung jenseits der Front so große innere Kraft, daß ihr Einfluß in Deutschland seit einem Menschenalter den Völkern als in folgerichtigster Steigerung bis zu dem Punkte hin dargestellt werden kann, wo die Alldeutschen nun drohen, gewaltsam das Ruder des Staates in ihre Hand

zu nehmen. Der verhältnismäßig gemäßigte Historiker Ernest Denis malt den Zusammenhang im Jahre 1915 ähnlich wie Muret, und sein Buch über den Krieg ist wohl das angesehenste in Frankreich: „Zwei Politiken im Widerstreit: der Kaiser, friedlich, loyal, fremdes Recht achtend; die Alldeutschen, arrogant, aggressiv und ausschweifend; die Geschichte der Regierung drückt sich in dem Kampf zwischen diesen beiden Tendenzen aus bis zu der Stunde, wo der Widerstand des Herrschers erlahmt und wo er dem entfesselten Strom weichen muß.“ Eins der „Oxford-Bampfleits“ erklärt: „Der Alldeutsche Verband hat das Ideal des Angriffskrieges in Deutschland heimlich gemacht und hat über die geschriebene Verfassung triumphiert, welche die höchste Gewalt des Landes Wilhelm dem Friedfertigen vorbehielt. Ob dieser Geist nun im heutigen Kriege Erfolg hat oder sich eine Niederlage holt, — es ist schwer, sich vorzustellen, daß eine Kaiserherrschaft von den Deutschen wieder ertragen werden wird.“

Für die feindlichen Chauvinisten verbinden sich mit diesen wirklichen oder angeblichen Hoffnungen zwei willkommene Aussichten: entweder die alldeutschen Scharfmacher treiben es in Deutschland wirklich zum Bruch, und Deutschlands Kraft wird durch innere Wirren gelähmt; oder aber die Alldeutschen kommen wirklich zur Regierung, und Deutschland läßt sich auf die Bahn der Kriegs- und Weltwirtschaftspolitik drängen: dann wird es ebenfalls leicht sein, die übrigen Weltmächte, einschließlich der heutigen Verbündeten Deutschlands, zum Dauerkampf gegen diesen Störenfried zusammenzuschließen, bis er zerstückt ist. Das sind die Früchte alldeutscher Staatskunst.

Wie die Alldeutschen den Krieg erlebten. Die Alldeutschen Blätter (12. 1. 18) wenden sich gegen den Abgeordneten Neumann-Hofer, der in der Lippeischen Landeszeitung unter anderen alldeutschen Stimmen auch die Erklärung des Verbandes vom 3. August 1914 angeführt hat: „Die Stunde haben wir erlebt — unsere Freunde wissen es“. Herrn Neumann-Hofer wird ein Vorwurf daraus gemacht, daß er den Satz nicht in seinem vollen Zusammenhang abgedruckt habe. Dagegen könnte zunächst geltend gemacht werden, daß es sich für Herrn Neumann-Hofer darum handelte, anschaulich zu machen, wie das feindliche Ausland aus den Veröffentlichungen der Alldeutschen das Material entnehmen kann, um Deutschland zu verleumden. Die feindlichen Kriegshörer aber kümmern sich keineswegs um den Zusammenhang der Äußerung, die sie brauchen können. Da die Alldeutschen Kriegspolitik machen, so mußten sie auch damit rechnen, daß ihre Schriften vom Feinde ausgenutzt werden würden, und mußten sich dementsprechend vorsichtig benehmen; taten sie das nicht, so entbehrten sie der einfachsten staatsmännischen Vorsicht und hätten die Hände von der Politik lassen sollen. Eben das wollte Herr Neumann-Hofer hervorheben.

Aber der Alldeutsche Verband wird durch den Zusammenhang, in dem jenes Wort steht, in Wirklichkeit sogar doppelt belastet, und darum war es eher eine Schonung, wenn dieser Zusammenhang nicht vollständig wiedergegeben wurde; aus dieser Unterlassung kann also Herrn Neumann-Hofer nichts weniger als ein Vorwurf gemacht werden. Der Zusammenhang ist nämlich der, daß die Alldeutschen Blätter am 3. 8. 14 erklärten, sie hätten den Krieg herbeigewünscht, weil sie von ihm erwarteten, daß er „Rettung und Segen bringen“ werde. Rettung aus welcher Not? — Aus der Verderbung unseres Volkes durch den allzu langen Frieden! Unser Volk hätte also den Krieg gebraucht, wenn es nicht sittlich untergehen sollte! Ist es nicht die ungeheuerlichste Verwirrung aller Begriffe, daß die Alldeutschen diese Tollheit damals auszusprechen und heute zu wiederholen wagten? War das Volk, das an jenem 3. August 1914 seinen Grenzen zueilt, etwa wirklich innerlich verborben? War aber diese Voraussetzung falsch, so war es ein nur um so größeres Verbrechen, den Krieg, die furchtbarste Gefahr für das Reich, um einer so falschen Voraussetzung willen „herbeizuführen“ und an seinem Zustandekommen mitzuarbeiten, wie es die Alldeutschen getan haben. Wir kannten diese Tonart schon lange vor dem Krieg, und die feindlichen Chauvinisten kannten sie auch und benutzten sie. In einem ganz ähnlichen Zusammenhang schreiben die Alldeutschen Blätter zum Sedantag 1913: „Hat einer, der die Entwicklung seit dem Tage von Sedan im Deutschen Reich miterlebt hat, den Mut, zu wünschen, daß wir nach dem Frankfurter Frieden mit dem besiegten Gegner zu einem Verhältnis dauernder Eintracht gekommen wären? Kann einer im Ernst wirklich wünschen, daß England die früher gehauchte Freundschaft für unser Volk wirklich empfindet?“ Geißt das etwa nicht für den Krieg arbeiten? Unser Volk kann nicht ernst und entschlossen genug dafür sorgen, daß diese Treibereien aufhören, welche es wider Wissen und Willen zu den Mitschuldigen am Völkerverfall machen.

Endlich noch eins. Woher nimmt der Alldeutsche Verband die Stürze, anderen Leuten vorzuwerfen, daß sie fremde Worte aus dem Zusammenhang reißen? Bildet er sich wirklich ein, die Deffektivität wisse noch nicht, mit welcher Gewissenlosigkeit er seinerseits dies unbedachte Kampfmittel zu seinem täglichen Handwerkszeug gemacht hat? Wie er in diesem Betrage zum Beispiel mit Bismarck hollweg umgegangen ist, das steht doch noch gar zu deutlich vor dem öffentlichen Gedächtnis. Der Verband prüfe einmal seine Alldeutschen Blätter auf seine Taktik gegen seine sämtlichen innerpolitischen Gegner nach (den Anfang mag er beispielsweise mit Hans Delbrück oder Martin Hohohm machen), und er wird Grund finden, zu schweigen. Hat doch kürzlich das Verbandsmitglied August Eigenbrodt mit seinem Buch „Der Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen 1887 bis 1914“ aus dieser Kampfesweise System gemacht und sie auf eine Spitze getrieben, die allen künftigen Zeiten ein Wunder politischer Entstellungskunst bleiben wird. Und diese Leute werfen einem freimütigen Reichstagsabgeordneten „Fälschungsmittel“ an, „allzu geschmeidige Tafschenpfeifinger“ vor und wagen ihn einen „Parteiopfechter“ zu nennen!

Vom Kriegswillen der Feinde.

Von berufener Seite wird uns geschrieben:

Unterstellungen. Die Erkenntnis, daß die Kriegsbegeisterung in Australien immer mehr nachzulassen beginnt, veranlaßt England, Australien mit der Drohung weitgehender Annexionspläne Deutschlands in Australien und der Südsee zu schrecken, um der öffentlichen Meinung ein eigenes, australisches Interesse an der Kriegsbeteiligung vorzuzuschreiben. Nach den zu uns gelangenden Presseäußerungen beschäftigt sich die öffentliche Meinung in Australien sehr angelegentlich mit dem deutschen Kolonialproblem. Hughes, der bisherige australische Ministerpräsident, der durch die Ablehnung der australischen Wehrpflichtvorlage zum Rücktritt gezwungen worden ist, hat kürzlich behauptet, daß Deutschland, wenn es Sieger wäre, von Australien, Neuseeland und dem Stillen Ozean soviel nehmen würde, als es brauche. Australiens Stellung zum Frieden müsse durch diese Gefahr bestimmt werden. Australiens Unabhängigkeit, nationales Interesse, politische Freiheit, wirtschaftliche und industrielle Interessen würden dann von Deutschland maßgebend beeinflusst werden.

Von keiner deutschen, maßgebenden Stelle aus und — soviel erinnerlich — auch sonst niemals in der deutschen Öffentlichkeit sind Annexionen in Australien oder der Südsee verlangt oder befürwortet worden. Wir wollen in der Südsee nur unsere alten Kolonien zurück haben, was der Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts Dr. Solz vor kurzem in seiner Berliner Rede betont hat. Unsere über den alten, deutschen Kolonialbesitz hinausgehenden kolonialen Ansprüche haben sich immer und ausdrücklich nur auf Afrika gerichtet. Diese böswilligen Unterstellungen, mit denen die australische öffentliche Meinung irreführt und weiter für den Krieg begeistert werden soll, müssen daher mit Nachdruck zurückgewiesen werden.

Satz und Handel. Die Unterredung, die Dr. Helfferich dem Vertreter des „Neuen Tagblatt“ gewährte, findet jetzt ihr Echo in der französischen Presse. Die Forderung Helfferichs, nach dem Friedensschluß dem freien Handelsverkehr wieder Geltung zu verschaffen, wird dabei als vollständig aussichtslos hingestellt, denn selbst, wenn es Deutschland, „durch den Zwang der Waffen“ möglich sein würde, bei den Friedensverhandlungen günstige Handelsverträge zu erzielen, so würde der tiefliegende Haß, den die deutschen Greuel in allen Schichten der Bevölkerung der übrigen Staaten hervorgerufen hätten, deren Wirkung aufheben. „Denn“, so fügt das „Echo de Paris“ (4. 1. 18) hinzu, „durch viele Generationen hindurch wird der deutsche Name ein Gegenstand des Abscheus bleiben und die Erinnerung an den verruchst-grausamen Krieg, den die Soldaten des Kaisers gegen die Menschlichkeit führen, wird die Vernichtung Deutschlands vollenden. Die Erinnerung wird stärker sein als der enge Egoismus der Verbraucher, auf den die Handelsherren der Vögel rechnen, um die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ententeländern wieder anzuknüpfen.“

Die „deutschen Greuel“ sind also zu Allem zu gebrauchen, auch dazu, den Willen zum Wirtschaftskrieg in die breiten Massen zu tragen. Die Franzosen vergessen dabei nur, daß sie am wenigsten dazu berechtigt sind, sich über die lügenhaften Darstellungen angeblicher deutscher Schändlichkeiten zu enträsten. Ein Blick auf die Geschichte Frankreichs lehrt, mit welcher unjagbaren Entmenslichkeit seine eigenen Geere in den von ihnen besetzten Ländern gewütet haben. Dr. Julius Kellers wertvolle Schrift „Französische Menschlichkeit“ (Verlag G. Neuenhauer in Weimar) entrollt von ihr, auf Grund geschichtlicher Belege, ein so furchtbares Bild, daß, so erschütternd diese Zusammenstellung wirkt, ihre Kenntnisnahme doch dringend zu empfehlen ist, um bei uns die Erinnerung wach zu halten an die französische „Menschlichkeit“, die das Heidelberger Schloß zerstörte, Mannheim verbrannte, die Kaisergräber im Dom zu Speyer schändete und unter Napoleon in Lübeck wüste Orgien und Grausamkeiten jeder Art beging. Wir wollen auch nicht vergessen, was unsere Gefangenen in Nordafrika erduldeten, wie schmächtig unsere Krankenpflegern behandelt wurden. Eine Nation, in der unter glänzender Oberfläche die brutalsten Instinkte schlummern und in jadisfischen Grausamkeiten hemmungslos hervorbrechen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet, hat am wenigstens das Recht, unter dem Vorwand „deutscher Greuel“ die Unversöhnlichkeit zu prebigen.

Haß und Wandel sind ein schlechtes Geßpann. Linde Mut und kluge, weitstichtige Berechnung können nicht zusammen an einem Strange ziehen; darüber werden die französischen Kaufleute und Verbraucher sich selbst klar sein. Darum glauben wir nicht an die Durchführbarkeit jener Drohungen. Aber mag man auch versuchen, sie zu verwirklichen: Viel größer noch ist die Wichtigkeit der sittlichen Auseinandersetzung zwischen den Völkern. Und da sind wir des Endes sieges durch unser gutes Gewissen vollends sicher. Wir haben die Waffen in der Hand und werden sie brauchen: von allen Völkern der Entente gilt, was der Historiker Martin Hohohm in seinem Geleitwort zu der Kellerschen Schrift von Frankreich sagt: „Sie zwingen uns zu Gegenangriffen, sie wollen, daß wir statt erlogener Verbrechen begangene dem wohlthätigen Dunkel der Vergangenheit entreißen und die große Nation wieder an den Franger stellen, den sie nur bant der Nachsicht ihrer Nachbavölker verlassen durfte.“